



„Meine politische Überzeugung ist so unveränderbar wie ein grauer alter Stein: Meinungsfreiheit, Redefreiheit, Freiheit der Kunst. Das Porträt des Staatsoberhauptes sollte auf die Größe einer Briefmarke beschränkt bleiben. Keine Folter, keine Hinrichtungen.“  
Von 1923 bis 1937 lebte der russische Schriftsteller Vladimir Nabokov in Berlin im Exil.

Bild: Lesser Ury „Unter den Linden“, 1920.

## Kaprizierungen



Von Günter Bannas

Alexander Graf Lambsdorff gibt im Handbuch des Bundestages „Diplomat“ als Beruf an. Als Angehöriger des Auswärtigen Amtes war er in Bonn, Berlin und Washington tätig, ehe er für die FDP 2004 in das Europa-Parlament und 2017 dann in den Bundestag gewählt wurde. Lambsdorff, Nefee des früheren FDP-Vorsitzenden und Wirtschaftsministers Otto Graf Lambsdorff, war in den Medien ein gefragter Mann. Viele Interviews zu internationalen Fragen und zur deutschen Außenpolitik gab er – kenntnisreich, abgewogen und prononciert zugleich. Er war das außenpolitische Sprachrohr der FDP, zumal nach dem Ausscheiden von Guido Westerwelle aus dem Amt des Bundesaußenministers. Stellvertretender Fraktionsvorsitzender wurde er auch.

Im kommenden Sommer aber wird er in seinen früheren Beruf zurückkehren. Gerne wäre er deutscher Botschafter in Washington geworden, was der mit Abstand wichtigste Posten ist, den das Auswärtige Amt zu vergeben hat. Daraus wurde nichts. Lambsdorff wird Botschafter in Moskau werden. Botschafter in Russland zu sein, war früher eine herausragende Sache. Seit Vladimir Putins Überfall auf die Ukraine aber ist es ein vermaledeites Amt. Nie seit Stalins und Chruschtschows Zeiten waren die diplomatischen Beziehungen zum Kreml so schlecht wie heute. Der deutsch-russische Handel und der Kulturaustausch liegen daneben. Das wird so bleiben, solange Putin im Amt ist.

Doch Lambsdorff war gut beraten, diesen Schritt zu gehen und damit aus dem Bundestag auszuscheiden. Ehedem hatte die FDP darauf bestanden, als Regierungspartner den Außenminister zu stellen: Walter Scheel, Hans-Dietrich Genscher, Klaus Kinkel, Guido Westerwelle. Bei Bildung der Ampelkoalition hätte es nahegelegen, dass Lambsdorff in deren Fußstapfen träte oder wenigstens Staatsminister des Auswärtigen Amtes geworden wäre. Allemaal hätte er das Zeug dafür gehabt. Doch unter Christian Lindner kaprizierte sich die FDP auf das Finanzministerium. Lambsdorff blieb, was er war. Nichts spricht dafür, dass sich das nach der nächsten Bundestagswahl änderte. Die Grünen werden nach dem Stand der Dinge, gleich in welcher Konstellation, auf der Führung des Auswärtigen Amtes bestehen. Womöglich scheidet die FDP 2025 aus der Regierung oder gar dem Bundestag aus. Lambsdorff konnte das Ende seiner politischen Karriere voraussehen.

In den Bundestag wurde der in Bonn beheimatete Lambsdorff über die nordrhein-westfälische FDP gewählt. Die Konkurrenz bei der Bundestagswahl 2025 aber ist groß. Die Minister Lindner und Marco Buschmann kommen aus NRW. Dazu noch der FDP-Generalsekretär Bijan Djir-Sarai, der stellvertretende FDP-Vorsitzende Johannes Vogel, der auch Erster Parlamentarischer Geschäftsführer der Fraktion ist, und nicht zuletzt Marie-Agnes Strack-Zimmermann. Alle drei wildern auch auf außenpolitischem Terrain. Bei der Wahl der nächsten Landesliste könnte Lambsdorff nach hinten durchgereicht werden. Die Aufgabe in Moskau aber ist ihm bis 2026, zu seinem 60. Geburtstag, sicher. Eine gebührende Anschlussverwendung ist nicht ausgeschlossen.

Günter Bannas  
ist Kolumnist des Hauptstadtbriefs.  
Bis März 2018 war er Leiter  
der Berliner Redaktion der  
Frankfurter Allgemeinen Zeitung.

Von Katja Gloger

## Freiheit, sprich

Moskau hat die Pressefreiheit de facto abgeschafft.  
Aber oppositionelle Stimmen senden weiter aus dem Exil

So ist das jetzt wohl, Russland heute. Ein Blick in Putins schöne neue Welt. Neulich etwa, die große Silvestergala im Fernsehen. Schon immer eher sehr bunt und sehr laut und patriotisch-sentimental, war diese von besonderer Qualität. Eine Kriegsgala.

An runden Tischen stramm aufrecht sitzend und doch verloren wirkend ordengeschmückte Armeeangehörige in Paradeuniform, offenbar gerade zurück vom Einsatz gegen angebliche „Nazis“ an der ukrainischen Front. Drum herum platziert in festlicher Kleidung die kulturelle und mediale Elite des Landes, lachend und klatschend; als ob dieses russische Leben ein einziges Amüsement sei. Präsent auch die Moderatoren der Polit-Talkshows, darunter der unter EU-Sanktionen stehende Vladimir Solowjow, der in seiner täglichen Sendung den Einsatz russischer Atomwaffen erörterte und jetzt die „Helden“ der siegreichen russischen Armee begrüßte.

Und auf der Neujahrshöhne tanzte man zu einem ukrainischen Volkslied und trug ein Gedicht über drohende Kälte und Hunger im Westen vor – das passiere jetzt ja auch den dummen Deutschen, die dem großherzigen Russland kein Gas mehr abkaufen wollen.

So und ähnlich ging es über Stunden, ein winziger Ausschnitt nur aus Putins Welt, in der selbst die Monstrosität seines Krieges zu einem grellbunten Spektakel mit Konfettiregen gerinnt. Und zugleich ahnt man, wie wirkmächtig diese Propaganda ist – eine Propaganda, die sich auf kollektive Großmachtphantasien und vermeintliche orthodoxe Einzigartigkeit stützt, auf Opfernarrative und angebliche Feinde und das seelenzerfressende Gift der Dauerlüge.

### Wer kann noch dagegenhalten?

Der 24. Februar 2022 setzte nur den Schlusspunkt unter eine Entwicklung, die mit dem Amtsantritt Putins vor fast 24 Jahren begann; eine Entwicklung, die man viel zu lange nicht wahrhaben wollte, auch in Deutschland nicht. Innerhalb eines Jahres hatte Putin die Kontrolle über die wichtigsten Medien erobert, vor allem über das Fernsehen, bis heute Hauptinformationsquelle der russischen Mehrheit. Unabhängige Journalistinnen und

Journalisten arbeiteten seit Jahren mit einem Bein im Gefängnis. Immer willkürlicher die Medien- und Internetgesetze. Der nach Vaterlandsverrat klingende Status des „ausländischen Agenten“ hing wie ein Damoklesschwert über Redaktionen und Reporterinnen.

Und immer wieder wurden kritische Journalistinnen und Journalisten ermordet. Täter, Hintermänner wurden in der Regel nicht ermittelt.

Unter Druck stehend, arbeiteten sie. Die *Nowaja Gaseta*, die wohl berühmteste unabhängige Zeitung des Landes und Symbol der Perestrojka, dieser atemlos-kurzen Zeit der Freiheit. Der kleine, aber munter-kritische Internet-Fernseher Echo Moskwy wurde abgeschaltet, ebenso Doschd. Kritische Lokaljournalisten erhielten „Besuch“ von Polizei und Geheimdienst FSB, un-

verhüllt die Drohungen, Durchsuchungen, Festnahmen. Der *Nowaja Gaseta* half selbst die Bekanntheit ihres langjährigen Chefredakteurs, des Friedensnobelpreisträgers Dmitrij Muratow nicht. Sie verlor ihre Drucklizenz.

Zum Fanal wurde das Urteil gegen Iwan Safronow: Im vergangenen September wurde der auf Rüstungsfragen spezialisierte ehemalige *Kommersant*-Journalist wegen angeblichen „Hochverrats“ zu 22 Jahren strenger Lagerhaft verurteilt. Es war auch eine Warnung für die allerletzten noch im Land verbliebenen unabhängigen Journalisten. Sie können de facto nur noch im Untergrund arbeiten.

Hunderte gingen ins Exil, manchmal mussten sie sich innerhalb von Stunden entscheiden. Ganze Redaktionen verließen das Land – auch die *Nowaja Gaseta* und Doschd. Die baltischen Hauptstädte Riga und Vilnius wurden Zentren des Exils –

”

Viele russische Journalisten fühlen sich schuldig,  
in gewisser Weise mitverantwortlich für diesen Krieg.  
Umso mehr müssen sie das Exil als Chance sehen.  
Sie wissen um die Risiken.

Kremlkritische Berichterstattung war nicht unmöglich, gleich aber einem Drahtseilakt.

Der 24. Februar 2022 und das kurz darauf erlassene sogenannte „Fake-Gesetz“ über angebliche „Falschinformation“ und „Diskreditierung“ der russischen Armee – es drohen bis zu 15 Jahre Straflager – besiegelten das endgültige Ende der unabhängigen Medien in Russland. Echo Moskwy wurde abgeschaltet, ebenso Doschd. Kritische Lokaljournalisten erhielten „Besuch“ von Polizei und Geheimdienst FSB, un-

auch der unabhängigen Medien aus Belarus. Dort zählen Menschenrechtsorganisationen weit über 1000 politische Gefangene; darunter 31 Journalistinnen und Journalisten.

Die Regierungen der EU-Staaten Lettland und Litauen halfen schnell, zeigten sich anfangs großzügig bei der Visavergabe. „So wurden buchstäblich Leben gerettet“, sagt der schon lange in Riga lebende russische Journalist Anton Lysenkov.

Mittlerweile aber ist dies politisch zunehmend umstritten. Die

Menschen in den baltischen Staaten litten Jahrzehnte unter sowjetischer Okkupation, Zehntausende wurden deportiert, ermordet. Diese Erinnerung ist lebendig, und mit jedem Kriegstag wächst das Misstrauen. Seit der Teilnahmemachung im vergangenen Herbst werden so gut wie keine Visa mehr an russische Staatsbürger vergeben; fraglich, ob Aufenthalts- und Arbeitsgenehmigungen für Journalisten verlängert werden. Im vergangenen Dezember wurde Doschd wegen Verstößen gegen das lettische Medienrecht die Sendelizenz entzogen. Es ginge auch um die nationale Sicherheit, hieß es.

Viele wollen nach: Berlin. Die Bundesregierung hatte früh unkomplizierte Hilfe für bedrohte Menschenrechtler und Journalisten zugesagt. „Ihr könnt ohne bürokratische Hürden nach Deutschland kommen“, hatte etwa Außenministerin Annalena Baerbock verspro-

rund 100 russische Journalistinnen und Journalisten sowie Familienangehörige erteilt; ein erster Schritt.

Entscheidend ist: Weitermachen. Um damit eine, wenn auch noch so kleine, russischsprachige Gegenöffentlichkeit zu etablieren. Echo Moskwy sendet inzwischen aus Berlin per App und über den YouTube-Kanal „Schiwoj gwozd“ – übersetzt etwa „Stachel im Fleisch“. Reporter der *Nowaja Gaseta* sind umgesiedelt, belarussische Kolleginnen planen den Umzug; auch Teile der Meduza-Redaktion, des in Riga beheimateten größten unabhängigen Nachrichtenportals, könnten nach Berlin verlegt werden. Sie nutzen alles, was geht: Telegram, Podcasts, Apps, Newsletter, Twitter und Streams über das in Russland – noch nicht – verbotene YouTube; auch Anleitungen zur Einrichtung von VPNs (für *Virtual Private Network* – mit dem man seinen virtuellen Standort verschleiern kann), mit denen man die Blockaden umgehen kann. Sie zählen Hunderttausende Abonnenten. Sie vernetzen sich über den in Berlin gegründeten und auch von der Bundesregierung unterstützten europäischen Fonds für Exiljournalismus JX. Der hilft auch bei der Erarbeitung tragfähiger Businesspläne.

Ein trauriger Gedanke auch: dass Modelle zur Förderung von Exiljournalismus „skalierbar“ werden – für Journalistinnen und Journalisten, die aus anderen Ländern fliehen müssen. Aus Afghanistan etwa oder dem Iran.

Viele russische Journalisten fühlen sich schuldig, in gewisser Weise mitverantwortlich für diesen Krieg. Umso mehr müssen sie das Exil als Chance sehen. Sie wissen um die Risiken. Sei's drum. Sie senden, auf allen Kanälen, Nachrichten und Fakten über den Krieg, seine Verbrechen. Und die Täter. Wenigstens diese – eher deutsche – Ausrede soll nicht gelten in Putins neuer russischer Welt: Dass man „es“ ja nicht wissen konnte.

Die Journalistin und Buchautorin – „Putins Welt“ – Katja Gloger arbeitet seit über 30 Jahren zu Russland; sie lebte lange in Moskau. Sie arbeitet ehrenamtlich als geschäftsführender Vorstand von RSF Reporter ohne Grenzen Deutschland. RSF gehört zu den Gründungsmitgliedern des JX-Fonds für Exiljournalismus.

“

## Standortbestimmung



Von Anne Wizorek

Unregelmäßige Migration, Integrationsverweigerer, kleine Paschas, Vornamensabfrage von Tatverdächtigen, kulturelle Überfremdung, keine Sprachen außer Deutsch auf deutschen Schulhöfen ... Aber das sind ja gleich zig rassistische Debatten auf einmal? Das geht nun wirklich nicht. Doch! Mit „Silvester-Überraschung“. Das ist Integrationsdebatte, Wahlkampf und geballte Stigmatisierung – alles in einem. Besonders die Wunschliste der Union und AfD scheint damit schon zu Jahresbeginn nahezu komplett erfüllt.

Die sogenannte „Debatte“ zum Jahreswechsel ist freilich nur neues Schwarzpulver in alten Rohren und keineswegs überraschend. Kolumnistin Simone Dede Ayivi resümiert dazu: „Integrationsdebatten sind Schrott. Es kommt nie irgendetwas Gutes dabei rum. Es ist reine Provokation, die von Leuten ausgeht, die keine Ideen oder kein Interesse daran haben, große Fragen anzugehen.“

Enger Wohnraum, prekäre Lebensverhältnisse, häusliche Gewalt, fehlende Freizeitangebote, was gerade für junge Menschen die Straße zum einzigen Ort sozialer Begegnung macht – hier könnte man nun überall konsequent ansetzen, Soziale Arbeit ausbauen und einen sinnvollen Wahlkampf

führen. Doch statt soziale Schwierigkeiten anzusprechen, klebt man bloß das Wort „Problem“ an Bezirke mit hohem Anteil von Schwarzen und Menschen of Color. Auf bittere Weise wird sichtbar, dass sie als Betroffene jener Probleme nur als ihre Verursacher\*innen gelten, als Wahlklientel aber ignoriert werden. Wie „praktisch“ ist es doch, dass die einen zu jung zum Wählen sind, die anderen gar nicht erst dürfen, und wer übrig bleibt, soll sich beim Wahlzettel halt eine Partei aussuchen, die das rassistische *Blame Game* am seltensten mitgespielt hat.

Bei all diesen Differenzierungen geht es übrigens nicht darum, das Geschehene abzuwiegen. Auch ich musste als erste Tat des Jahres die Feuerwehr rufen und möchte das nie wieder tun müssen. Während sich aber Leute wie Friedrich Merz in Stammtischparolen suhlen und das Politik nennen, sollten wir anderen unbeirrt weiter auf die tatsächlichen Wurzeln der Aggressionen hinweisen, damit die damit verbun-

dene Gewalt möglichst nicht mehr passiert. Dafür müsste zum Beispiel auch über toxische Männlichkeit als ideologische Grundlage solcher Ausbrüche gesprochen werden und wie sie schon lange gewisse Dynamiken im öffentlichen Raum befeuert – sowohl auf Täter- als auch auf Polizeiseite. Denn neu sind die Krawalle bei weitem nicht und erst recht nicht auf Berlin beschränkt. Wer ein anderes Bild zeichnet, möchte es bewusst verzerren.

Daran haben auch Polizei und Medien ihren Anteil. Das Jahr war bereits über eine Woche alt, als die Polizei genauere Täterzahlen veröffentlichte. Bis dahin waren die ersten, falschen Zahlen schon lange in der Welt und prägten die Diskussion. Besonnen Fakten abzuwarten schien unnötig, zum mittlerweile eh das Recht des Stärkeren gilt: Wer zuerst und am lautesten den erzählerischen Rahmen für eine „Debatte“ setzt, hat gewonnen. Es ist also leider keine Überraschung, dass es die „Silvesterdebatte“ gab. Dass sie überhaupt so stattfinden konnte, bleibt aber eine Schande.

**Anne Wizorek**  
ist freie Beraterin für digitale Strategien und Autorin. Ihr Twitter Handle ist @marthadeur.

## Auf den Braunkohleklippen



### Postskriptum

Von Lutz Lichtenberger

Die jüngsten Ereignisse in Lützerath, immerhin, haben in diesen Tagen das deutsche Kommentariat zu großer Form auflaufen lassen. Der Soziologe Armin Nassehi, dessen Analysen immer wieder bestechend hellichtig daherkommen, bemängelt im *Spiegel*, wie „erwartbar und drehbuchhaft die Reaktionen auf die Aktivistinnen ausfallen, wie sich fast alle Beteiligten zwischen Rollenprosa und tiefen Überzeugungen bewegen – und wie erwartbar die Eskalationsdynamiken des Protests und seiner Kritiker ist“. Entweder gingen unter den edlen Motiven, der Dringlichkeit des Problems die Frage nach den Mitteln unter. Oder Beweggründe und Gefahren des Klimawandels würden ignoriert und in den Protestierenden „die üblichen verdächtigen arbeits- und reflexionsscheuen Leute“ gesehen, vor denen man immer schon gewarnt habe. Bombengerinnen mit Zöpfen – oder so ähnlich, hieß das einst.

Der Widerstand „unterirdischer Spezialkräfte im Tunnel, Frontbesuche aus dem Oberkommando und von der eigens angereisten Jeanne d'Arc der Bewegung, geballte Fäuste und Verlustmeldungen aus dem Kampfgebiet“ erinnerten Reinhard Müller in der *Frankfurter Allgemeinen* an eine Inszenierung unter der Regie Ernst Jüngers, um dann freilich wieder in sachlichem Ton vor

Rechtsbruch und Gewalt zu warnen: „Auch der grundgesetzlich gebotene Kampf für die natürlichen Lebensgrundlagen gibt kein Faustrecht.“

Im Feuilleton des Blattes unterzieht Jürgen Kaube die Aussagen der Aktivistinnen und Aktivistinnen einer hermeneutischen Prüfung. Um es kurz zu machen: Sie sind nicht satisfaktionsfähig. „Das Eigentümliche an all dem ist, dass die Aktivistinnen ernsthaft glauben, sie kämen mit solchen Verdrehungen und Legenden und missgünstigen Auslegungen durch.“ Kaube stellt aber auch die Frage, ob sie sich diese „Bereitschaft zum Melodram und strategischen Daherreden“ von jenen Politikern abgeschaut hätten, die sie am meisten verachteten. Kaube bezweifelt, dass der Versuch der Klimabewegung, in den Medien ein vorteilhaftes Bild von sich abzugeben und so moralisches Kapital anzuhäufen, mit dem dann Rechtsbrüche legitimiert würden, zum Erfolg führte.

Auch Nassehi sieht die Strategie der „Letzten Generation“ am Ende in eine Sackgasse führen, spricht

aber den Kritikern der Bewegung das Recht ab, sich unter Berufung auf sinnlose Unterscheidungen der Auseinandersetzung in der Sache zu entziehen: „Als ließe sich die Bekämpfung des Klimawandels mit der Alternative zwischen ‚neuen Technologien‘ und ‚staatlichem Zwang‘ beschreiben, zwischen einer (angeblichen) liberalen Lösung durch Eigeninitiative und einer (angeblich) sozialistischen durch staatliche Gängelung und Verbote.“ Das ist wohl gesprochen, aber auch der Soziologe deutet „ein Drittes“ zwischen den schwachen Unterscheidungen nur an.

Derweil haben die Aktivistinnen neben zweifelhaften Protestaktionen auch einfache Forderungen im Programm: ein Tempolimit auf Autobahnen und ein bundesweites 9-Euro-Ticket.

#### IMPRESSUM

Der Hauptstadtbrief ist eine wöchentliche Publikation von PrinzMedien  
Verleger: Detlef Prinz  
Herausgegeben von Ulrich Deppendorf und Prof. Dr. Ursula Münch  
Chefredakteur: Lutz Lichtenberger, V.i.S.d.P.  
Kolumnen: Günter Bannas, Inge Kloepfer, Anne Wizorek  
Hauptstadtbrief Berlin Verlagsgesellschaft mbH  
Tempelhofer Ufer 23-24 • 10965 Berlin  
Telefon 030/21 50 54 00  
info@derhauptstadtbrief.de  
www.derhauptstadtbrief.de  
Redaktionsschluss 19. Januar 2023  
© Der Hauptstadtbrief 2023

## Schützen Sie Journalistinnen und Journalisten in der Ukraine

### KEINE FREIHEIT OHNE PRESSEFREIHEIT

Russlands Angriff auf die Ukraine ist auch ein Angriff auf die Pressefreiheit. Die Kämpfe bringen Kriegsreporterinnen und Journalisten in der Ukraine in Lebensgefahr. Reporter ohne Grenzen unternimmt alles, um bedrohten Medienschaffenden zu helfen.

Spenden Sie jetzt für unsere Hilfsaktion:

[reporter-ohne-grenzen.de/hilfe-fuer-die-ukraine](https://reporter-ohne-grenzen.de/hilfe-fuer-die-ukraine)

**RF** REPORTER OHNE GRENZEN



Spendenkonto: Reporter ohne Grenzen e.V. / IBAN: DE26100900005667777080 / BIC: BEVODEBB / Stichwort: Ukraine

